

Jordanien gehört zu uns

König Saud Bin Abdulaziz Al Saud (Mitte links) und König Hussein aus dem Herrscherhaus der Haschemiten (Mitte rechts) besuchen im Jahr 1953 gemeinsam Jerusalem.

Foto: Elwarya / Wikimedia Commons

Einst wollten die Haschemiten ein arabisches Großreich errichten. Jordanien ist mit den Golfstaaten eng verbunden und lässt sich in deren innere Konflikte immer wieder verwickeln.

VON EDMUND RATKA

Die Briten gaben schließlich den Ausschlag. Entnervt von den großarabischen Ambitionen des Scherifen von Mekka, Hussein bin Ali, verweigert das erschöpfte Empire seinem langjährigen Verbündeten die Unterstützung der Royal Air Force. Der spätere Staatsgründer des modernen Saudi-Arabien, Abdulaziz Al Saud, der in Riad über das Sultanat Nadschd herrscht, führt Tausende Stammeskrieger gegen seinen Rivalen, das von Hussein regierte Königreich Hedschas. 1924 marschiert er in Mekka ein, die Hafenstadt Dschidda fällt ein Jahr später.

Auf der Arabischen Halbinsel endet damit die jahrhundertalte Führungsrolle der Dynastie der Haschemiten, die ihre Herkunft auf Haschem zurückführt, einen Urgroßvater des Propheten Muhammad. Hussein flieht ins Exil, die Briten bringen ihn erst nach Zypern, später nach Amman, wo er 1931 stirbt. Begraben wird er am Felsendom in Jerusalem – eine Stadt, die auch seine Nachkommen nicht loslassen wird.

Doch auch nach dem Verlust ihrer Stammländer mischen die Haschemiten mit, als sich der Nahe Osten nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches neu ordnet. Husseins Sohn Faisal, der im Ersten Weltkrieg die Arabische Revolution gegen die Osmanen angeführt hatte, ruft sich 1920 zum König von Syrien aus. Nach nur wenigen Monaten vertreiben ihn die Franzosen aus Damaskus, doch mit britischer Unterstützung wird er schließlich König des Irak.

Derweil hat sich Faisals älterer Bruder Abdullah eine neue Machtbasis in Transjordanien aufgebaut, die britische Mandatsmacht ernannt ihn 1921 zum Emir.

Während die haschemitische Herrschaft über den Irak in einem Militärputsch 1958 ein blutiges Ende findet, regieren die Haschemiten in Jordanien, seit 1946 offiziell ein unabhängiges Königreich, bis heute. Seit über 20 Jahren sitzt der Urenkel des gleichnamigen Staatsgründers mittlerweile auf dem Thron: Abdullah II.

Dessen Sohn, der 28-jährige Kronprinz Hussein, macht sich im Sommer 2022 auf nach Riad zu einem besonderen Anlass: Begleitet von fast der gesamten königlichen Familie hält er auf dem Anwesen des sau-

dischen Geschäftsmanns Khalid Al-Saif um die Hand von dessen Tochter Rajwa an. Rajwas Mutter stammt aus dem Hause Al Sudairi und ist darüber verwandt mit dem saudischen König Salman, dessen Vater die Haschemiten einst von der Arabischen Halbinsel vertrieben hatten.

Wenige Wochen vor der Verlobung war es auf politischer Ebene zu einem Durchbruch in den jordanisch-saudischen Beziehungen gekommen. Im Juni 2022 stattete der saudische Kronprinz dem Haschemitischen Königreich seinen ersten Besuch seit fünf Jahren ab – im Gepäck die Aussicht auf frisches Geld für das chronisch klamme Jordanien. Und, für das Königshaus besonders wichtig: Saudi-Arabien unterstrich in der gemeinsamen Abschlusserklärung »die Bedeutung der historischen haschemitischen Schirmherrschaft über islamische und christliche heilige Stätten in Jerusalem«.

Misstrauisch hatte man in Amman den Aufstieg von Muhammad Bin Salman (MBS) beäugt, der nach der Thronbesteigung seines Vaters 2015 zum starken Mann in Saudi-Arabien avancierte. Zu impulsiv und großspurig erschien vielen der mit damals 29 Jahren jüngste Verteidigungsminister überhaupt, der mit riskanten außenpolitischen Manövern in der Region für Aufsehen sorgte.

Doch die Differenzen mit dem stets umsichtig auftretenden und auf Ausgleich bedachten jordanischen König gingen über Temperament und Stil weit hinaus. Die Nahostpolitik unter US-Präsident Donald Trump, der Saudi-Arabien als Schlüsselpartner in der Region auserkoren hatte, empfand man in Jordanien als existenzielle Bedrohung – auch wenn sich der von Trump und Israels damaligem Premier Benjamin Netanyahu vorgelegte »Deal des Jahrhunderts« zur Beilegung des Nahostkonflikts rasch als Rohrkrepieler erwies.

Das Bemühen der Amerikaner hingegen um eine weitere Annäherung arabischer Staaten mit Israel – ohne dabei auf Fortschritte in der Palästinenserfrage zu bestehen – trug hingegen Früchte. Unter anderem nahmen die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, offenbar mit Billigung der Saudis, offiziell diplomatische Beziehungen zu Israel auf.

Am Königshof in Amman, der in all diese Schritte der US-Administration nicht eingebunden worden war, schrillten die Alarmglocken. Nichts besorgt die Jordanier mehr, als in regionalpolitischen Fragen am Katzen-

Einen solchen Tiefpunkt hatte das saudisch-jordanische Verhältnis zuletzt während des Zweiten Golfkriegs 1990 erlebt



Foto: Saudi Press Agency

Jordanien König Abdullah beim Staatsbesuch in Riad zwischen König Salman (l.) und dessen Sohn, Kronprinz Muhammad Bin Salman (r.)

tisch zu sitzen und bei der Bearbeitung des Nahostkonflikts überrumpelt zu werden. Ein weiterer Exodus von Palästinensern aus dem Westjordanland nach Jordanien, auf den rechte Fanatiker in Israel seit Langem drängen, würde die Demografie des Königreichs aus dem Gleichgewicht bringen und die Kapazitäten des Landes vollends erschöpfen.

In Amman fürchtete man, dass Trumps Nahostberater und Schwiegersohn Jared Kushner gemeinsam mit seinem Altersgenossen MBS an eigenen Zukunftsszenarien für die Region tüftelte. Gerüchte machten die Runde, wonach Saudi-Arabien sogar die Schirmherrschaft über die islamischen Heiligtümer in Jerusalem von den Haschemiten übernehmen sollte – als Auszeichnung für den ehrgeizigen saudischen Kronprinzen im Gegenzug für eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel.

Mit der Abwahl von sowohl Trump als auch Netanyahu waren solche Schreckensszenarien für die Jordanier erst einmal vom Tisch. Doch das Misstrauen

blieb. Als im April 2021 eine Palastrevolte von Prinz Hamza, einem Halbbruder des Königs, im Keim erstickt wurde, machten jordanische Behörden saudische Hintermänner mitverantwortlich. Ein jordanisch-saudischer Geschäftsmann, der enge Beziehungen zum Königshof in Riad unterhielt, wurde des Hochverrats schuldig gesprochen und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der saudische Außenminister plädierte in Amman persönlich für seine Freilassung – vergeblich.

Einen solchen Tiefpunkt hatte das saudisch-jordanische Verhältnis zuletzt während des Zweiten Golfkriegs 1990 erreicht. Jordanien damaliger König Hussein hatte sich im Vorfeld der Krise für eine Verhandlungslösung mit Saddam Hussein eingesetzt und auch dann noch gegen eine von den USA geführte Militärintervention ausgesprochen, als irakische Truppen bereits Richtung Kuwait marschierten. Husseins Fehlkalkulation sollte Jordanien teuer zu stehen kommen: Die Golfstaaten, allen voran Kuwait, wiesen 300.000 jordanische

Der 28-jährige Kronprinz Hussein machte sich im Sommer 2022 zu einem besonderen Anlass auf nach Riad



Jordaniens Kronprinz Hussein Bin Abdullah (2. v. r.) und seine Verlobte Rajwa Al-Saif (2. v. l.), eingerahmt von König Hussein (r.) und dessen Frau Rania (l.)

Foto: The Royal Hashemite Court

Gastarbeiter aus, darunter viele Fachkräfte, und stellen ihre millionenschwere Finanzhilfe ein. Kuwait und Saudi-Arabien verhängten gar ein Importverbot für jordanische Waren.

Schon damals wurde deutlich, wie abhängig Jordanien ökonomisch von den arabischen Golf-Monarchien ist. Heute leben und arbeiten dort erneut rund 750.000 Jordanierinnen und Jordanier, vor allem in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Überweisungen in die Heimat übersteigen mit mehr als drei Milliarden Euro im Jahr sogar die Entwicklungshilfe, die Jordanien in großem Ausmaß erhält.

Zwar sind die USA und Deutschland die wichtigsten Geber für das Land. Doch in Krisensituationen wie 2011 im Kontext des Arabischen Frühlings oder 2018, als Proteste gegen wirtschaftliche Sparmaßnahmen laut wurden, sprangen die Golfstaaten ein, um mit frischen Kreditlinien den Staatshaushalt zu stabilisieren. Jetzt hofft man in Jordanien auf neue Infrastrukturprojekte, von Bahntrassen bis Solarparks, die mit Geld vom Golf umgesetzt werden sollen.

Doch auch jenseits der Petrodollars wird der Einfluss der Golfstaaten in Jordanien spürbarer. Im wohlhabenden Westen der Hauptstadt Amman reihen sich die prunkvollen Sommerresidenzen reicher Golf-Araber aneinander, auf den letzten Freiflächen wachsen die

Einkaufszentren in den Himmel. Alte Stadtvillen und Gärten werden abgerissen, um Platz zu schaffen für immer neue Luxus-Apartmentblocks.

Die jordanische Mittelklasse träumt von gut bezahlten Jobs am Golf, dessen Lifestyle längst Einzug gehalten hat beim Nachwuchs der jordanischen Oberschicht. Während Europa hinter Wirtschaftskrisen, Sprachbarrieren und Visa-Restriktionen schwimmt, wurde Dubai zum Sehnsuchtsort der jordanischen Jugend – und wer es sich leisten kann, findet den konsumgetriebenen Flair der glitzernden Golf-Metropolen mittlerweile eben auch in Amman.

Vor allem der rasante Wandel der letzten Jahre in Saudi-Arabien hat in Jordanien für Aufmerksamkeit gesorgt. Das Naserümpfen der liberalen Hauptstädter über rückständige und frauenverachtende Frömmel im arabischen Hinterland ist bei vielen der Bewunderung über den Elan gewichen, mit dem der junge Kronprinz das Land in Bewegung bringt – mit Kinos, Konzerten und visionären Großprojekten wie der futuristischen Kunststadt NEOM, die an der Grenze zu Jordanien am Roten Meer aus dem Nichts entstehen soll.

Der Kontrast mit dem eigenen Land wirkt umso frappierender, als dass die Jordanierinnen und Jordanier seit 20 Jahren die immer gleichen Modernisierungssphären zu hören bekommen – hehre Versprechen

über politische Beteiligung und ökonomische Perspektiven für die junge Generation. In der Realität aber recycelt sich die althergebrachte Führungsriege selbst und die von Korruptionsvorwürfen begleiteten Privatisierungswellen haben den Großteil der Bevölkerung keineswegs wohlhabender gemacht. Im Gegenteil: Zuletzt vermeldete die Weltbank, dass jeder zweite jordanische Jugendliche auf Jobsuche ist.

Abdullah II. hat erkannt, dass sich sein Königreich verändern muss, wenn es Bestand haben soll. 2021 setzte er eine Reformkommission ein, die Vorschläge für eine »Modernisierung« des politischen Systems erarbeiten sollte. Neue Gesetze sind bereits verabschiedet, um Parteien aus ihrer ewigen Randexistenz zu holen und zu landesweiten politischen Akteuren zu machen. Manche Optimisten sehen am fernen Horizont eine echte parlamentarische Monarchie heraufziehen.

Wahrscheinlicher ist eine Form kontrollierter Demokratie, die eine breitere gesellschaftliche Meinungs- und Entscheidungsbildung als bisher zulässt, aber eben unter staatlicher Aufsicht und in festgesteckten Grenzen. Die für Jordanien so sensiblen außenpolitischen Fragen etwa, so hört man in Amman selbst von Liberalen, sollten doch lieber in bewährter königlicher Kompetenz verbleiben – und nicht in die unberechenbaren Hände eines frei gewählten und unabhängigen Parlaments geraten, das den Friedensvertrag mit Israel oder die Stationierung amerikanischer Truppen im Land wohl deutlich kritischer sehen würde.

Während Marokko im jordanischen Diskurs immer wieder als Modell für ein reformiertes Regierungssystem angeführt wird, wirkt der politische Autoritarismus im Stile Saudi-Arabiens oder der Vereinigten Arabischen Emirate angesichts der dort unnachgiebigen Verfolgung von Dissidenten eher abschreckend. Obwohl in den letzten Jahren die Sicherheitsbehörden auch in Jordanien ihre Kontrolle gefestigt haben und die Räume für die Zivilgesellschaft teilweise enger wurden, war und ist dort eine kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik möglich – auch öffentlich. Seit jeher waren die

haschemitischen Könige darauf bedacht, die vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen Jordaniens einzubinden und einen Ausgleich ihrer Interessen herzustellen – ein schroffer Gegensatz zum zentralistischen Durchregieren, wie es nunmehr am Königshof in Riad praktiziert wird.

Schon als vor hundert Jahren mit Gründung des Emirats die Staats- und Nationenbildung begann, war Jordanien ein hybrides Gebilde: Es vereinte die politische und religiöse Legimitation und den damit verbundenen Führungsanspruch der Haschemiten; den Willen und die Fähigkeit zur Staatsorganisation der arabischen Nationalisten aus der ganzen Levante, die von Transjordanien aus ihre Heimat von Fremdherrschaft befreien wollten; die einheimischen Stämme, Beduinen und Handelsfamilien – und nicht zuletzt die alte Kolonialmacht Großbritannien mit seiner Militär- und Finanzhilfe. Hinzu kamen in den folgenden Jahrzehnten Hunderttausende Flüchtlinge: Palästinenser, Iraker, Syrer. Jordanien ist bis heute ein Mosaik des Nahen Ostens – geografisch, demografisch und historisch. Ein Land zwischen den Welten, das gelernt hat, Brücken zu schlagen.

Das kleine und ressourcenarme Königreich war immer auf eine dialog-, kompromiss-, und kooperationsorientierte Außenpolitik angewiesen. Im Inneren hat es den Umgang mit gesellschaftlicher Diversität internalisiert und sich zumindest

auf den Weg hin zu einem integrativeren politischen System gemacht.

Diese Schlüsselqualifikation hat Jordanien so manchem seiner Nachbarn am Golf voraus. Ein Jahrhundert nach ihrer Vertreibung aus Mekka und Medina, inmitten einer kriegs- und krisengeplagten Region, die ihre Ordnung noch sucht, haben die Haschemiten noch einmal die historische Chance, ein arabisches Land in die Zukunft zu führen.

Edmund Ratka leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman.

Die jordanische Mittelklasse träumt von gut bezahlten Jobs am Golf, dessen Lifestyle längst Einzug gehalten hat